

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst dauerhaft stärken, die Public Health-Perspektive im Gesundheitswesen ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine klare Perspektive für eine nachhaltige Stärkung der Gesundheitsämter weit über das Jahr 2026 hinaus in einem Konzept darzustellen, mit dem Ziel

- die vielfältigen Kompetenzen der Gesundheitsämter für mehr Prävention und Gesundheitsförderung zu nutzen und die Arbeit in den Gesundheitsämtern nachhaltig zu stärken,
- die Attraktivität des Berufsbildes Amtsarzt insgesamt zu steigern,
- bessere Vergütung der Beschäftigten in den Gesundheitsämtern zu erreichen,
- nicht-ärztliche Tätigkeiten im ÖGD deutlich zu stärken und dafür qualifiziertes Personal zu gewinnen (insb. z.B. aus dem Bereich Public Health)
- Minimalstandards für personelle Besetzung der Gesundheitsämter im Freistaat Bayern zu schaffen,
- sich mit geeigneten Mitteln dafür einzusetzen, dass dem Thema „Öffentliche Gesundheit“ nicht nur im Medizinstudium, sondern auch in allen relevanten Studien- und Ausbildungsbereichen eine größere Bedeutung verliehen wird,
- gemeinsame Standards zur nachhaltigen Verbesserung der Kommunikation zwischen den Gesundheitsämtern sowie mit den Landes- und Bundesbehörden zu schaffen. Die digitale Ausstattung der Ämter soll einheitlichen Kriterien folgen und neben dem Meldewesen nach dem Infektionsschutzgesetz auch eine zeitgemäße Gesundheitsberichterstattung und Planungsfunktionen unterstützen. Die Ämter sollten zudem an die Telematikinfrastruktur der ambulanten und stationären Versorgung angeschlossen werden.

Begründung:

Die öffentliche Sorge um die Gesundheit aller (Public Health) ist nicht nur der Schlüssel zur Bewältigung der aktuellen Corona-Pandemie, sondern ein zukunftsweisender Schlüssel für mehr Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung der gesamten Bevölkerung.

Den breiten Aufgabenkreis aus Gesundheitsschutz der Bevölkerung, Gesundheitsförderung und Gesundheitsmanagement übernimmt in Deutschland zuvorderst der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD). Mit seinem bevölkerungsmedizinischen Schwerpunkt nimmt der ÖGD im deutschen Gesundheitswesen besondere Aufgaben ergänzend und unterstützend zur Individualmedizin im ambulanten und stationären Sektor wahr. Dies umfasst zum Beispiel die Durchführung von Impfungen, die Bereitstellung von Gesundheitsinformationen oder die Beratung von Personen zur Prävention von Infektionen. In der Corona-Krise übernehmen die kommunalen Gesundheitsämter und Referate unverzichtbare Aufgaben wie das Kontaktpersonenmanagement, die Anordnung und Durchführung von Testungen, die Risikoeinschätzung von Großveranstaltungen und die Hilfestellung zum Schutz besonders gefährdeter Gruppen.

Die vergangenen Wochen und Monate zeigten dabei eindrücklich, dass der ÖGD eine tragende Säule in unserem Gesundheitswesen ist.

Schon vor der Corona-Krise war abzusehen, dass der ÖGD diesen vielfältigen Aufgaben aufgrund seiner chronischen Unterfinanzierung und Unterbesetzung nur bedingt nachkommen kann. Seit Jahren wächst das Aufgabenfeld des ÖGD stetig. Es ist davon auszugehen, dass die Personalsituation sich in vielen Landkreisen und kreisfreien Städten künftig noch verschärfen wird.

Die Attraktivität der amtsärztlichen Tätigkeit wird entscheidend geschmälert durch eine Vergütung, die mitunter deutlich unter den Gehältern von Ärzt*innen in kommunalen Kliniken oder im Medizinischen Dienst liegt. Auch das Fachgebiet „Öffentliches Gesundheitswesen“ erfährt in der medizinischen Ausbildung noch immer nicht den Stellenwert, das es verdient. Der ÖGD sieht sich daher mit einem massiven Nachwuchsproblem konfrontiert – in den kommenden zehn bis 15 Jahren werden weitere 50 Prozent der verbleibenden Amtsärzt*innen im ÖGD altersbedingt aus dem Beruf ausscheiden (vgl. <https://www.aerztezeitung.de/Politik/Viel-Arbeit-wenig-Geld-hoher-Altersdurchschnitt-der-OeGD-muss-attraktiver-werden-314773.html>).

Der ÖGD soll künftig seinem breiten Aufgabenspektrum aus Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung und Gesundheitsmanagement nachkommen können. Der am 5. September 2020 vorgestellte „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ ist ein erster Schritt zur dauerhaften Stärkung des ÖGD. Der ÖGD im Freistaat Bayern braucht eine klare Zukunftsperspektive bzw. ein Konzept über das Jahr 2026 hinaus. Dem Bund-Länder-Beschluss ist zu entnehmen, dass erst im Laufe des Jahres 2023 über eine solche Perspektive diskutiert wird.

Der ÖGD in Bayern bedarf einer dauerhaften, verlässlichen Stärkung und der bevölkerungsmedizinische, gesundheitsfördernde und präventive Ansatz des ÖGD soll auch besser mit der individualmedizinischen, kurativen Ausrichtung des ambulanten und des stationären Sektors verzahnt werden. Bereits 2016 wies die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) auf die Notwendigkeit hin, „die Perspektiven für den ÖGD neu zu bestimmen und auf allen politischen Ebenen die Grundlagen für die Gewinnung qualifizierter, motivierter Fachkräfte zu verbessern“ (vgl. https://www.gmkonline.de/documents/Ergebnisniederschrift_89_GMK_2016_Warnemuende.pdf , S. 21). Multiprofessionalität und Interdisziplinarität sind unbedingt zu stärken, etwa indem Absolvent*innen relevanter Fachrichtungen vermehrt gewonnen und ihre Rolle im ÖGD aufgewertet wird. Insbesondere

die ärztliche Tätigkeit im ÖGD soll besser vergütet werden. Die GMK hat bereits im Jahr 2010 eine Angleichung der Bezahlung der Ärzteschaft im ÖGD an den Tarifvertrag TV-Ärzte gefordert. Gleichzeitig müssen die Chancen, die in der interdisziplinären Zusammenarbeit der verschiedenen Gesundheitsberufe liegen, deutlich mehr genutzt werden. Die vielfältigen Kompetenzen, die in Gesundheitsämtern gebündelt vorgehalten werden, bergen Potentiale, die nicht nur richtungsweisend für andere Bereiche des Gesundheitswesens sind, sondern auch für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung stärker nutzbar gemacht werden sollen.

Die Corona-Krise zeigt eindrücklich, welche große Bedeutung ein handlungsfähiger ÖGD, verlässliche Versorgungsangebote und eine gute Koordination und Integration der Gesundheitsversorgung insbesondere auf der regionalen Ebene haben. In einem Gesundheitssystem ineinandergreifender Säulen sollte der ÖGD als professionelles Netzwerk künftig eine stärkere koordinierende und kooperative Rolle einnehmen. Das gilt insbesondere im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention, durch die die kurative Krankenversorgung entlastet, das individuelle Risiko zu erkranken, vermindert und gesundheitliche Chancengleichheit gefördert wird.